



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Sachstand

Verantwortlichkeit für die Beschaffung von Wohnraum bei Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II

Verantwortlichkeit für die Beschaffung von Wohnraum bei Bezug von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II

Aktenzeichen: WD 6 - 3000 - 004/24
Abschluss der Arbeit: 22.03.2024
Fachbereich: WD 6: Arbeit und Soziales

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

1. Regelungen im SGB II

Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II¹ umfassen neben den Regel- und Mehrbedarfen auch die Bedarfe für Unterkunft und Heizung (§ 19 Abs. 1 Satz 3 SGB II).²

Die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind (§ 22 Abs. 1 Satz 1 SGB II). Insofern geht es hier um die Anerkennung von entsprechenden Kosten. Ein Anspruch der Leistungsberechtigten auf Beschaffung von Wohnraum ist gegenüber dem Leistungsträger nicht vorgesehen.³ Die Suche nach einer Unterkunft bis hin zum Abschluss eines Mietvertrages obliegt den Leistungsberechtigten selbst. Das Bundessozialgericht (BSG) führt in einem Urteil vom 19. Mai 2021 unter Hinweis auf vorangegangene Rechtsprechung im Hinblick auf eine Sachleistungsverantwortung der Jobcenter für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung aus: „Leistungen für den Bedarf für Unterkunft und Heizung sind Geldleistungen, aus denen die Leistungsberechtigten ihre entsprechenden Aufwendungen bestreiten können [...]“⁴ In der im Urteil zitierten Entscheidung des BSG wird dazu ausgeführt:

„Wie § 4 Abs 1 SGB II erweist, sind die Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende primär Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts [...], sofern sie nicht zur Eingliederung in Arbeit als Dienstleistung [...] oder aufgrund besonderer gesetzlicher Anordnung insbesondere bei den aktiven Leistungen [...] als Sachleistung [...] erbracht werden. Eine solche Sachleistungsverantwortung ist den Jobcentern für die Bedarfe für Unterkunft und Heizung nicht zugewiesen. Auch wenn die Leistungen nicht in gleicher Weise pauschaliert sind wie die Regelbedarfe nach § 20 SGB II und den Jobcentern die Prüfung der Angemessenheit der geltend gemachten Aufwendungen für Unterkunft und Heizung aufgetragen ist, enthebt das nicht die Leistungsberechtigten der Verantwortung, für ihren Unterkunftsbedarf innerhalb des Angemessenen selbst zu sorgen. Demgemäß bilden die tatsächlichen Aufwendungen und damit die Zahlungsverpflichtungen, die sie für ihren Unterkunftsbedarf selbst eingegangen sind, nach § 22 Abs 1 Satz 1 SGB II den Ausgangspunkt für die Bestimmung des anzuerkennenden Bedarfs für Unterkunft und Heizung. Ebenso obliegt es ihrer grundsätzlich freien Entscheidung, innerhalb des die Angemessenheit bestimmenden Produkts aus Wohnungsgröße und Miete pro Quadratmeter frei wählen zu können, wie sie ihren Unterkunftsbedarf decken [...]“⁵

1 Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II).

2 Aus der Ukraine geflüchtete Personen, die den Schutzstatus nach § 24 des Aufenthaltsgesetzes beantragt oder erhalten haben, unterfallen ab dem 1. Juni 2022 dem Anwendungsbereich des SGB II bzw. SGB XII. Vgl. hierzu Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23. Mai 2022 (BGBl. 2022 I, S. 760).

3 Breitkreuz in: Rolfs/Giesen/Meßling/Udsching, BeckOK Sozialrecht, 71. Edition, Stand: 1. Dezember 2023, SGB II, § 22, Rn. 1.

4 BSG, Urteil vom 19. Mai 2021 – B 14 AS 19/20 R, Rn. 23 (juris).

5 BSG, Urteil vom 9. August 2018 – B 14 AS 38/17 R, Rn. 25 ff. (juris).

2. Landes- beziehungsweise kommunalrechtliche Regelungen

Gegebenenfalls könnte sich aber aus landes- oder kommunalrechtlichen Regelungen eine spezielle Verantwortlichkeit für die Unterbringung von Geflüchteten mit SGB II-Anspruch ergeben. So sieht - soweit ersichtlich - beispielsweise § 1 ThürFlüAG⁶ eine Verpflichtung der Landkreise und kreisfreien Städte zur Aufnahme und Unterbringung bestimmter Gruppen von Geflüchteten vor (zum Beispiel Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG⁷), wobei die Unterbringung in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften erfolgen soll.⁸

Im Rahmen der Gefahrenabwehr greift jedenfalls zuletzt⁹ zur Vermeidung von unfreiwilliger Obdachlosigkeit das Polizei- und Ordnungsrecht der Länder¹⁰, welches in diesem Zusammenhang die Verpflichtung zur temporären Unterbringung in einer zumutbaren Unterkunft einfacher Art beinhalten kann.¹¹ Dabei ist - soweit keine spezielleren Regelungen bestehen - als Rechtsgrundlage auf die jeweiligen landesrechtlichen Generalklauseln zurückzugreifen, wie zum Beispiel § 5 ThürOBG¹².

-
- 6 Thüringer Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen (ThürFlüAG).
 - 7 Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet.
 - 8 Vgl. auch § 1 Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz (ThürFlüKEVO). Zur Möglichkeit der Unterbringung in Einzelunterkünften vgl. § 2 Abs. 4 ThürFlüAG.
 - 9 Gegebenenfalls können sich vorrangige Zuständigkeiten aus anderen Normen ergeben, wie zum Beispiel nach §§ 67 ff. SGB XII für Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind (z.B. wesentliche Einschränkung des Lebens in der Gemeinschaft).
 - 10 Breitkreuz in: Rolfs/Giesen/Meßling/Udsching, BeckOK Sozialrecht, 71. Edition, Stand: 1. Dezember 2023, SGB II, § 22, Rn. 1.
 - 11 Vgl. Verwaltungsgericht (VG) Berlin, Beschluss vom 25. Mai 2018 – 23 L 192.18, Rn. 22 (juris) mit weiteren Nachweisen aus der Rechtsprechung.
 - 12 Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden. Vgl. etwa VG Weimar, Beschluss vom 6. März 2023 – 1 E 302/23 We.